

Vorwort

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Schulpolitik ist das Hauptthema dieses Newsletters aus dem Landtag. Das hat damit zu tun, dass die grün-schwarze Koalition einerseits einiges anpackt, andererseits aber auch Klärungsbedarf hat. Es missfällt uns ausdrücklich, dass aus der CDU immer wieder Störmanöver gegen Vereinbarungen des Koalitionsvertrags unternommen werden. Insbesondere die gezielte Verunsicherung der 299 Gemeinschaftsschulen muss endlich aufhören! Der Bestand und die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschulen sind ausdrücklich vereinbart worden. Die CDU muss ihre Politik der Nadelstiche gegen grün-rote Bildungsreformen beenden, wenn es eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Bildungspolitik geben soll. Die Koalition führt im Weiteren aktuell eine breite Beteiligung der schulischen Akteur*innen bei der Weiterentwicklung der Ganztageschule durch und stärkt die Realschulen. Das war im Koalitionsvertrag so vereinbart worden, und wir Grüne sind vertragstreu.

Ich wünsche euch eine stressfreie Woche, die hoffentlich besinnlichere Zeit rückt näher.

Euer Uli

Aus der Landtag

Mehr kommunale Bürgerbeteiligung – die Reformen wirken!

Die Grünen im Landtag freuen sich über das Lob von Mehr Demokratie e.V. Die Demokratievereinigung hat am 28.11. eine positive Bilanz der grünen Reformen der Gemeindeordnung gezogen: Deutlich mehr Bürgerentscheide und – Begehren in den Kommunen als bisher, mehr gültige Bürgerentscheide und eine deutliche Steigerung bei der Wahlbeteiligung zeigen, dass unsere Reformen der Gemeindeordnung von 2015 unmittelbar wirken. Die Wahlbeteiligung ist bei Bürgerabstimmungen sogar höher als bei Bürgermeister*innen-Wahlen und der Kommunalwahl selbst. Baden-Württemberg hat dank grüner Initiative den letzten Platz im Vergleich der Bundesländer verlassen und sich unter die ersten 10 vorgearbeitet. Es war richtig, die Anfangsphase der Bauleitplanung für Bürgerbegehren zu öffnen. Die Befürchtungen, wichtige Bauvorhaben und insbesondere Flüchtlingsunterkünfte könnten so blockiert werden, haben sich nicht bewahrheitet. Die Beteiligung aller Akteure an der der Abstimmung vorausgehenden Bürgerinformation trägt spürbar zur Konfliktentschärfung bei. Uli Sckerl zog für seine Fraktion eine zufriedene Zwischenbilanz, stellte aber fest:

„Gleichzeitig gibt es für Bürgerbegehren noch Luft nach oben. Wir werden im Rahmen der vereinbarten Evaluation der Reform u.a. prüfen, ob Vorschriften, an denen derzeit 40% der Bürgerbegehren scheitern, noch bürgerfreundlicher gestaltet werden können“.

Klimainitiative Baden-Württembergs und Kaliforniens findet weltweit Unterstützung

Das muss Mensch sich auf der Zunge zergehen lassen: Die deutsche Bundesregierung hat sich entschieden, sich einer Initiative anzuschließen, die Winfried Kretschmann mit dem kalifornischen Gouverneur vor rd. 2 Jahren entwickelt hat. Geschehen beim Klimagipfel in Marrakesch. Es handelt sich um das sog. „Under two“-Bündnis, bei dem Baden-Württemberg und Kalifornien eine Vereinbarung über gemeinsame Maßnahmen zur Erreichung des 2 – Grad-Zieles getroffen hatten. Mittlerweile ist daraus ein stetig wachsender Zusammenschluss von aktuell 165 Städten, Bundesstaaten und Ländern geworden. Allein während des Klimagipfels kamen 29 neue Mitglieder, darunter die Bundesrepublik dazu. Damit stehen den Organisatoren zufolge 1,08 Milliarden Menschen und ein Bruttoinlandsprodukt von 25,7 Milliarden US-Dollar hinter dem Bündnis; das entspricht mehr als einem Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung. „Unsere Partnerschaft mit Baden-Württemberg ist zu einer Koalition herangewachsen, die weltweit Maßstäbe setzt und auch andere nationale und bundesstaatliche Regierungen zum Handeln anspornen kann“, erklärte Kaliforniens Umweltminister Matthew Rodriquez.

Das besonders Bemerkenswerte: Es waren sog. „Provinzpolitiker*innen, die das angestoßen haben. Aber offensichtlich kann auch die Provinz mal Weltpolitik machen!

Streit um Zahlung von Mehrkosten bei Stuttgart 21 geht wohl vor Gericht

Der Streit über Finanzierung der erwarteten Mehrkosten von rund zwei Milliarden Euro für das Bahnprojekt Stuttgart 21 wird voraussichtlich gerichtlich geklärt. Es zeichnet sich ab, dass die Deutsche Bahn AG (DB) Klage gegen das Land und weitere Vertragspartner erheben wird. Der Landtagsabgeordnete Uli Sckerl: „Das Land hält unbeirrt daran fest, dass die freiwillige Zahlung von 930 Millionen Euro nicht zu weiteren Zahlungsverpflichtungen führt. Für uns gilt der Kostendeckel, den wir der Bevölkerung mehrfach versprochen hatten“. Die DB hingegen sieht das Land und die anderen Vertragspartner in der Pflicht anteilig die Mehrkosten zu übernehmen. Bis zu einem rechtskräftigen Urteil in der Sache werden laut Sckerl mehrere Jahre vergehen. Sckerl erinnerte daran, dass erst der Volksentscheid vom November 2011 den Bau von „Stuttgart 21“ durchgesetzt habe. Das Projekt sei damals hier in der Kurpfalz wie in ganz Baden von den Wahlberechtigten mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.

Ganztageschulen im Land entwickeln sich weiter

Am 24. November fand der lange erwartete baden-württembergische „Ganztagsgipfel“ mit rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zur Zukunft der Ganztageschule statt. Es wurden viele Vorschläge eingebracht und Ideen für eine Weiterentwicklung der bestehenden Ganztagsmodelle entwickelt. Deutlich wurde, dass es in Baden-Württemberg aufgrund seiner vielfältigen Struktur ganz unterschiedliche Anforderungen an die Ganztagschule gibt.

Einige der Anforderungen sind z.B.: Einerseits soll sich die Ganztagschule noch stärker dem Bedarf vor Ort anpassen. Andererseits fordern insbesondere Schulträger verbindlichere Rahmenbedingungen. Forderungen aus den 8 Workshops waren mehr Verlässlichkeit und Flexibilität, Rhythmisierung des Schullalltags, Verbesserung der Möglichkeiten, Sachmittel an die Schulen in Geld auszahlend sowie eine Entbürokratisierung.

Kultusministerin Susanne Eisenmann lässt nun die zentralen Ergebnisse der Workshops auswerten. Anschließend sollen diese in Fachgruppen bearbeitet und die Resultate mit den Beteiligten des Ganztagsgipfels am 15. Mai 2017 diskutiert werden.

Die Ganztageschule in der bestehenden Form setzt auf Wahlfreiheit und Qualität. Uli Sckerl dazu: „Ich lege sehr großen Wert darauf, dass die Wahlfreiheit für die Eltern nicht eingeschränkt wird. Immer mehr Eltern entscheiden sich ganz bewusst für die Ganztageschule, weil es ihren Kindern bestmögliche Förderung bietet und den Bedürfnissen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf entspricht“. Eltern erwarteten Qualität von der Ganztageschule, eine Schule mit Mehrwert. Es komme deshalb auch in Zukunft auf ein hochwertiges pädagogisches und rhythmisiertes Angebot mit einem qualifizierten Zusammenspiel aus Kommunen, schulischen und außerschulischen Partnern an. Uli Sckerl abschließend: „Wir werden nicht an den Standards rütteln. Ein guter Ganztags ist mehr als Betreuung. Die Einbindung von außerschulischen Partnern ist ein wichtiges Qualitätskriterium, diese wollen wir verbessern.“

Realschulen werden von grün-schwarz aufgewertet

Realschulen leisten beim Umgang mit der immer weiter steigenden Heterogenität an unseren Schulen eine sehr gute Arbeit. Dabei will die grün-schwarze Koalition sie weiterhin unterstützen. Uli Sckerl zum Realschulkonzept: „Für uns Grüne ist wichtig, dass die Schulen selbst entscheiden, wie sie mit den zur Verfügung gestellten Ressourcen ein gutes pädagogisches Konzept entwickeln. Die individuelle Förderung der Schüler*innen steht dabei an erster Stelle“. Die Orientierungsstufe müsse weiterhin allen Schülerinnen und Schülern einen guten Übergang für die weitere Schullaufbahn bieten. Für Eltern muss die Sicherheit bestehen, dass alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Begabung gefördert werden. Die Schulen selbst sollen entscheiden, in welchen Lernformaten sie die Schülerinnen und Schüler zum Haupt- oder Realschulabschluss führen.

Ein weiteres wichtiges schulpolitisches Thema: Die vorhandenen schulischen Kapazitäten müssen sinnvoll eingesetzt werden. Das Kabinett hat deshalb

beschlossen, den Ressourceneinsatz im Schulsystem durch den Landesrechnungshof überprüfen zu lassen. Auf unseren Vorschlag hin umfasst der Auftrag auch die Durchführung einer Aufgabenkritik, also die Prüfung, wie bestehende Kapazitäten effizienter eingesetzt werden können.

Aus dem Wahlkreis

Uli Sckerl: Grün-Schwarz steht zum Ausbau der Gemeinschaftsschulen

„Die Gemeinschaftsschule hat sich fest in der baden-württembergischen Schullandschaft etabliert. Leistungsstark, sozial gerecht und pädagogisch innovativ - die Gemeinschaftsschule hat sich innerhalb kürzester Zeit zu einem Erfolgsmodell mit Vorbildcharakter entwickelt“, sagte der Landtagsabgeordnete Uli Sckerl angesichts der anhaltenden Diskussionen über die Zukunft der neuen Schulart und nach zahlreichen Gesprächen mit Akteuren. Er wird in den nächsten Tagen weiterhin demonstrativ Präsenz in den Gemeinschaftsschulen zeigen.

Sckerl betonte, dass die Gemeinschaftsschule eine Schule mit Zukunft ist. „Wir Grüne stehen fest zum pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschulen. Wir werden Kommunen, Schulen, Lehrerinnen und Lehrern die notwendigen Ressourcen für ihre anspruchsvolle Arbeit zur Verfügung stellen.“ Sckerl machte deutlich, dass dies insbesondere für ihn bezüglich der Gemeinschaftsschulen im Wahlkreis Weinheim gilt: **Die Karl-Drais-Schule in Heddesheim und die Friedrich-Schiller-Schule in Hemsbach.**

„Lesen ist cool!“

Es war mir beim diesjährigen Vorlesetag (18.11.) wieder ein großes Anliegen, Schülerinnen und Schülern vorzulesen und Lust auf Lesen zu machen. Ich habe das zum 4. Mal in Folge an der **Johann-Sebastian-Bach-Schule in Weinheim** mit großer Freude gemacht. Die JBS ist „neudeutsch“ ein Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum (früherer Name Förderschule). Dort werden Kinder und Jugendliche mit Lernproblemen mit einem differenzierten Bildungsangebot unterrichtet.

Das von den Schülern gewählte Thema: Was tun, wenn man Roolys (das sind Schuhe mit Rollen in der Sohle) braucht, aber weder die Eltern, noch die Bank und auch nicht die Großeltern das nötige Geld dafür geben? Vielleicht eine Bank ausrauben – oder doch besser als Kinderstuntman Geld verdienen? Das fragt sich Anton, die Hauptfigur im Kinderbuch „Anton macht’s klar“ von Milena Baisch. Die Klasse war hoch interessiert.

Weitere Infos zur Schule gibt es hier: <http://www.isb.hd.schule-bw.de/cms/>

Anschließend durfte ich in der **Karl Drais Schule in Heddesheim** lesen. Die Schule ist eine von zwei **Gemeinschaftsschulen** in meinem Wahlkreis. Dort wird

eine sehr gute Arbeit gemacht. Dennoch stehen die insgesamt 299
Gemeinschaftsschulen immer wieder am Pranger. Zuletzt wurden sie sogar von
unserem Koalitionspartner CDU kritisiert.

Neben der Freude am Vorlesen will ich damit auch ein klares Bekenntnis zu
dieser Schule geben.

Einen kleinen Bericht zur Lesung (und ganz viele Infos zur Schule!) gibt es hier:

<http://blog.karl-drais-schule.de/>

www.uli-sckerl.de